Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 54 (1975)
Heft: 11

Artikel: Hat George Orwell umsonst gelebt?
Autor: Brügel, J.W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339054

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Profil

J. W. Brügel

Hat George Orwell umsonst gelebt?

Der tragisch jung verstorbene englische sozialistische Schriftsteller George Orwell (1903 bis 1950) hat in seinem inzwischen zu einem klassischen Werk gewordenen Zukunftsroman «1984» die Verlogenheit der autoritären Regime aller Richtungen mit der Feststellung an den Pranger gestellt, dass ihr Um und Auf in der Verkehrung des wahren Sinnes von Schlüsselworten beruht. «Lüge» ist bei ihnen «Wahrheit», «Krieg» heisst bei ihnen «Frieden» und «Tyrannei» nennen sie «Freiheit», ja die einzige wahre Freiheit. Orwells Brandmarkung der totalitären Regime von rechts und links (oder sagen wir lieber «scheinlinks») hat vielen Menschen die Augen geöffnet und ein starkes Echo gefunden. Aber wenn man die politischen Geschehnisse der Gegenwart und ihren publizistischen Niederschlag verfolgt, steigen einem manchmal Befürchtungen auf, dass George Orwell vergebens gelebt und gewirkt haben könnte.

Selbst ein so seriöser Publizist und ausgezeichneter Interpret der Politik, vor allem der französischen Sozialisten wie Georg Scheuer, macht einen staunen über seinen Artikel «Ein Jahr Revolution in Portugal» im Heft 6/1975 dieser Zeitschrift. Er klingt so, als wäre er nicht 1975, sondern ein Jahr vorher unmittelbar nach dem Sturz des portugiesischen faschistischen Regimes geschrieben worden, und auch damals war eine Betrachtung, die die Existenz der Kommunistischen Partei Portugals überhaupt nicht erwähnt und von den angeblichen Forderungen der «Arbeiterbewegung aller Richtungen» spricht, und das, was dort vorgeht, ein «Tauziehen» zwischen den politischen Parteien nennt, als eine Analyse abwegig. Wie schon aus meinem auf Grund persönlicher Erlebnisse im Lande selbst und Gesprächen mit sozialistischen und kommunistischen Funktionären geschriebenen Bericht über Portugal (siehe Heft 11/74) hervorgeht, war von allem Anfang an das entscheidende Problem des Landes nach dem Sturz der rechten Diktatur die Verhinderung der Aufrichtung einer anderen Diktatur durch die portugiesischen Kommunisten, die – wie man so sagen darf – die stalinistischste Partei innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung darstellen. Mit ihrer Mischung von eiserner Disziplin, unerbittlicher Brutalität und geschickter Ausnützung der Schwächen im nichtkommunistischen Lager hat diese Partei gleich nach dem 25. April 1974 eine ernste Gefahr dargestellt, gemildert nur durch den

Umstand, dass es keine sowjetischen Panzertruppen in der unmittelbaren Nähe gibt, die über Nacht das Land besetzen können. Bei den Wahlen am 25. April 1975, die Scheuer merkwürdigerweise überhaupt nicht erwähnt, hat die aus der Illegalität erwachte und mit für uns Mitteleuropäer ganz unvorstellbaren Schwierigkeiten finanzieller und organisatorischer Natur kämpfende Sozialistische Partei Portugals mit 38 Prozent der Stimmen sich als die stärkste Partei des Landes erwiesen. (Berner Jungsozialisten, die in einem Brief an die «Tagwacht» – 4. Juni 1975 – sagen, die besten Sozialisten in Portugal seien nicht jene, die «den Kapitalismus dortzulande um jeden Preis retten wollen», womit sie offenkundig die Partei von Soares meinen, sollte man darüber belehren, dass es ohne Freiheit keinen Sozialismus geben kann.) Sie stellt in der parlamentarischen Körperschaft, die eine demokratische Verfassung vorbereiten soll, in der Person ihres Funktionärs Henrique de Barros, den Präsidenten und, gäbe es im Lande eine parlamentarische Regierung, würde sie in Koalition mit andern einwandfrei demokratischen und dem sozialen Fortschritt verschriebenen Parteien die Mehrheit stellen. Die hervorragend organisierte Kommunistische Partei, die sich in der aus anderen Ländern bekannten undemokratischen Manier einiger Gewerkschaften und der Massenmedien bemächtigt hatte, hat es auf einen Anteil von nicht mehr als 12 Prozent der Wählerstimmen gebracht, obwohl die verzweifelten sozialen Verhältnisse in einem Land mit unbeschreiblicher Armut an sich der äusserst geschickt arbeitenden kommunistischen Propaganda Nahrung zu geben geeignet wären. Nun konzentriert sich die 12 Prozent der Wählerschaft repräsentierende KP darauf, mit List und Gewalt die Entscheidung der Mehrheit des portugiesischen Volkes zunichte zu machen und vor allem ihren hauptsächlichen Widersacher, die Sozialistische Partei Portugals, zu strangulieren.

Diesen Sachverhalt überhaupt nicht einmal zu erwähnen (und noch dazu in einem sozialdemokratischen Organ!) kommt beinahe einem Versuch gleich, die Wahrheit auf den Kopf zu stellen.

Und da ich schon einen neueren Fall von Blindheit auf dem linken Auge erwähnt habe, kann ich es mir nicht versagen, auf einen einige Jahre zurückliegenden Fall zurückzukommen. Damals hat die kommunistische Bewegung einen Propagandarummel um die amerikanische Kommunistin Angela Davis inszeniert, und viele kommunistischer Neigungen vollkommen unverdächtige Menschen sind auf diesen Propagandaschwindel hereingefallen. Angela Davis ist eine Negerin (übrigens keineswegs «proletarischen» Ursprungs), die Neger werden in den Vereinigten Staaten — wie man allgemein weiss — noch immer nicht durchwegs als gleichberechtigt behandelt, und darum scheint in einer Art Anfall von umgekehrten Rassismus eine von den amerikanischen Behörden verfolgte Negerin gewissen Leuten a priori als unschuldig. (Dass sich im Falle Angela Davis nachher ihre Unschuld herausgestellt hat, ist in diesem Zusammenhang unerheblich.) Jedenfalls haben die sozialdemokratischen Frauen der Schweiz im

Januar 1971 dem amerikanischen Botschafter in Bern geschrieben, dass für ihre Verhaftung und ihre Anklage wegen Mords «*keinerlei Beweise* vorliegen, so dass diese Massnahmen *nicht begründet* erscheinen». In dem Brief hiess es weiter:

«Wir befürchten zudem, dass das zuständige Geschworenengericht über Angela Davis nach der grossen Publizität ihres Falles nicht mehr gerecht wird urteilen *können*. Wir befürchten deshalb auch, dass Miss Davis ohne sichere Beweise zum *Tode* oder doch zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt werden könnte.

Es steht fest, dass Angela Davis nicht am Tatort war, als am 7. August 1970 Jonathan Jackson versuchte, im Gerichtsgebäude . . . Gefangene zu befreien. Es ist höchst unwahrscheinlich und – da Jackson nicht mehr lebt – kaum beweisbar, dass Miss Davis ihm ihre Waffen für diesen Zweck zur Verfügung gestellt hat. Wir bitten Sie daher, Ihre Regierung und durch diese die zuständigen Behörden zu veranlassen, Angela Davis *unverzüglich auf freien Fuss zu setzen* und sie im Prozess als Zeugin einzuvernehmen.»

Es tut mir leid, dass dieser Brief von Dr. Marie Böhlen unterschrieben wurde, für die ich als Sozialistin und Kämpferin für verletztes Recht die grösste Achtung habe. Ich verstehe auch, dass es einfacher ist, einen Brief an den amerikanischen Botschafter zu schreiben, als den eigenen Leuten den wahren Sachverhalt auseinanderzusetzen. Aber man stelle sich einmal vor, was es in der Schweiz für eine Entrüstung gäbe, wenn eine amerikanische Frauenorganisation dem schweizerischen Botschafter in Washington schreiben würde, eine in Untersuchungshaft in der Schweiz befindliche Schweizerin werde eines Delikts beschuldigt, das «kaum beweisbar» sei und für dessen Begehung «unseres Wissens keinerlei Beweise vorliegen», so dass der Bundesrat die Betreffende «unverzüglich auf freien Fuss» setzen solle. Die mildeste Reaktion wäre wohl ein Hinweis darauf gewesen, dass die Beurteilung, ob ein Verbrechen vorliegt, Sache des zuständigen Gerichtes ist, auf die der Bundesrat, da die Schweiz ein demokratischer Staat wie die USA ist, keinen Einfluss nehmen kann und darf. Wesentlich vorsichtiger hat sich in der Angelegenheit die Sozialdemokratische Partei der Schweiz verhalten, die am 3. Dezember 1970 dem amerikanischen Botschafter in Bern geschrieben hatte:

«Die Geschäftsleitung der SPS befasste sich in ihrer letzten Sitzung . . . mit den Vorgängen um die amerikanische Bürgerrechtskämpferin Angela Davis, die hier ihres *mutigen Einsatzes* wegen grosse Sympathien geniesst.

Die Geschäftsleitung der SPS teilt die tiefe Besorgnis weiter Kreise, dass von nicht unmassgeblicher Seite in Ihrem Land die Absicht besteht, nach der Ausschreibung als ‚Schwerverbrecherin' an Angela Davis ein Exempel zu statuieren, statt ihr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen . . .»

Die amerikanische und insbesondere die kalifornische Justiz mag nicht über jeden Zweifel erhaben sein. Das ändert aber nichts daran, dass keine

Regierung ihr Vorschriften machen kann, wie sie vorzugehen hat. Tatsächlich ist nicht wegen einer von den Kommunisten inszenierten Protestwelle, sondern mangels an Beweisen für das ihr zur Last gelegte Delikt Angela Davis freigesprochen und freigelassen worden. Sie hat daraufhin erklärt, den Kampf für die Befreiung der politischen Gefangenen überall in der Welt fortsetzen zu wollen. Aber als der tschechische Reformkommunist Jiri Pelikan an sie appellierte, sie möge ihren Einfluss für die Freilassung der politischen Gefangenen in der Tschechoslowakei und der Sowjetunion geltend machen, hat sie ihn nicht einmal einer Antwort gewürdigt und durch eine dritte Person erklären lassen, sie lehne es ab, für Leute einzutreten, die sich gegen den Sozialismus (wie sie ihn versteht) vergangen hätten. Die grossen Sympathien, deren sich Angela Davis wegen ihres «mutigen Einsatzes» dort erfreut hat, wo ein solcher Mut mit keinem Risiko verbunden ist, dürften sich inzwischen wesentlich abgekühlt haben.

Ich hoffe, man wird mir, der seit 27 Jahren den Lesern dieser Zeitschrift das Denken und Fühlen von ausserhalb der Schweiz lebenden Sozialisten zu erklären sucht, nicht verübeln, dass ich diese Geschichte ausgegraben habe und auf den schreienden Kontrast zwischen dem Fall Davis und einem andern Fall hinweisen will. Während Angela Davis in Untersuchungshaft sass, konnte sie laufend Interviews geben und ihre Ansichten in Presse, Rundfunk und Fernsehen verbreiten. Welchem in einem kommunistischen Land eingekerkerten Menschen sind je solche Möglichkeiten eingeräumt worden? Im Jahre 1950 wurde nach einem Schauprozess in Prag die demokratische Abgeordnete Dr. Milada Horakova hingerichtet, deren einziges Verbrechen, falls es eines ist, darin bestanden hat, keine Kommunistin gewesen zu sein. Ich kann mich nicht erinnern, dass irgendeine sozialdemokratische Frauenorganisation in einem freien Land dem tschechoslowakischen Botschafter in diesem Land geschrieben hätte, für das der Dr. Horakova zur Last gelegte Verbrechen würden «keinerlei Beweise vorliegen», so dass sie die tschechoslowakische Regierung (die, da die Justiz in einem kommunistischen Land die Hure der Politik ist, dazu an sich in der Lage gewesen wäre) «unverzüglich auf freien Fuss setzen» sollte. Dr. Horakova wurde übrigens 1968 rehabilitiert und posthum freigesprochen, aber das konnte sie nicht wieder zum Leben erwecken.

Aber zurück zur Gegenwart und zu der Tragödie, die sich in Indochina abgespielt hat und die in einer merkwürdigen Umkehrung der Begriffe Dr. Rudolf Giovanoli im Heft 6/1975 dieser Zeitschrift als «Sieg der Volksbefreiungsbewegung» und «Befreiung von kolonialer Ausbeutung und menschenunwürdiger Knechtschaft» feiert. Man müsste ein ganzes Buch schreiben, um das richtigzustellen, was Giovanoli auf knappe drei Seiten unter Benützung einer obskuren englischen Broschüre und nur vom Hörensagen zusammenpresst. In aller Kürze sei das Folgende festgestellt: Es ist natürlich keine Rede davon, dass der «Vietminh» (Abkürzung für

ein langes vietnamesisches Wort, das übersetzt «Liga für die Unabhängigkeit von Vietnam» bedeutet) im Zweiten Weltkrieg ein «Alliierter der USA» gewesen ist. Die damalige französische Kolonie Indochina (das Gebiet der heutigen Staaten Vietnam, Laos und Kambodscha) war im Krieg von den Japanern besetzt, die dort im März 1945 eine Regierung unter Bao Dai, dem Kaiser von Annam, einsetzten. Sie wurde nach der Kapitulation Japans beseitigt, und nun trat der von dem geeichten und orthodoxen Kommunisten Ho Chi-Minh (1890 bis 1969, der in Wirklichkeit Nguym-Tat-Thanh hiess) geführte Vietminh auf den Plan. Vietnam war damals keineswegs «frei und unabhängig», sondern Ho Chi-Minh schloss im März 1946 einen Vertrag mit Frankreich, der Vietnam eine autonome Stellung in der zu dieser Zeit geplanten und dem britischen Commonwealth nachgebildeten «Französischen Union» sichern sollte. Der Kolonialismus alten Stils hat sicher vieles auf dem Gewissen, aber dass Grossbritannien und noch dazu unter einer Labour-Regierung die «Schlüsselrolle in diesem üblen Spiel», nämlich die französische Kolonialmacht in Indochina wiederherzustellen, erfüllt haben sollte, ist ein Märchen. Auf französischer Seite haben die Verhandlungen nicht irgendwelche Kolonialisten geführt, sondern die Sozialisten Vincent Auriol, Léon Blum und Marius Moutet, die sich lange bemühten, auch mit einer von dem Altstalinisten Ho Chi-Minh geführten Bewegung zu einem Arrangement zu kommen, ungeachtet des Umstandes, dass diese Bewegung zum Beispiel am 19. Dezember 1946 über Hanoi hergefallen ist, unbeteiligte Franzosen mit Frauen und Kindern ermordet und sogar zum eigenen Schaden das Pasteur-Institut niedergebrannt hat, das zugunsten des Landes ungeheure Leistungen vollbracht hat und noch hätte vollbringen können. Dass in einer so äusserst komplizierten Situation auch den noch so gutwilligen und verständigungsbereiten französischen Sozialisten Irrtümer und Fehleinschätzungen unterlaufen sind, soll nicht geleugnet werden, aber das Wort von den «schmutzigen Tricks der Briten und Franzosen», die an allem Unglück schuld sein sollen, ist eine Verzerrung des wahren Sachverhaltes.

Was sich dann weiter in Vietnam, Laos und Kambodscha abspielte, ist bekannt. Aber was immer an der im Endeffekt gescheiterten amerikanischen Intervention auszusetzen ist, sollte gewisse Grundtatsachen nicht verdunkeln. Sie verfolgte keinerlei wie immer geartete «imperialistische» Ziele, sondern war von einem, wenn auch in den Methoden verfehlten Bestreben geleitet, einen grossen Teil Südostasiens die Auslieferung an eine kommunistische Diktatur zu ersparen, die von den Völkern Osteuropas abzuwenden durch die Schuld Hitlers über die Kräfte der demokratischen Mächte gegangen war. Man komme nicht mit dem Einwand, dass es sich nicht um die Aufrichtung einer kommunistischen Diktatur, sondern «bloss» um die Abschüttelung des Kolonialismus und um nationale Freiheit gehandelt hat. Expansive autoritäre Regime, ob sie nun faschistischer oder kommunistischer Natur sind, bedienen sich zur Erreichung

ihrer Ziele niemals nur ihrer eigenen, die Massen nicht ansprechenden Schlagworte, sondern nützen oft durchaus legitime Bestrebungen nach nationaler Freiheit für ihre Zwecke aus. Das ändert aber nichts an ihrer eigentlichen Zielsetzung, eine noch so fragwürdige Freiheit durch ein System der Sklaverei zu ersetzen, und wer nichts anderes als Verdammungsurteile über die Politik der Amerikaner unter demokratischen wie republikanischen Präsidenten übrig hat, sollte sich zum Bewusstsein bringen, dass an einem Brand immer die Brandstifter schuld sind und niemals eine in der Löscharbeit noch so wenig versierte Feuerwehr. Die Brandstifter waren in diesem Fall die Kommunisten.

Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang nicht ohne Interesse, ein Gespräch zu erwähnen, das der Verfasser kürzlich mit zwei in Frankreich lebenden Repräsentanten der 1936 gegründeten Vietnamesischen Sozialistischen Partei hatte. Wieder einmal musste er sich die Frage vorlegen, ob George Orwell vergeblich gelebt hat, als seine Gesprächspartner ihre Absicht, in das heutige Vietnam zurückzukehren, um dort für den demokratischen Sozialismus zu kämpfen, mit den Zusicherungen begründeten, die sie von den neuen Machthabern erhalten hatten: die persönlichen Freiheiten werden garantiert, ein Mehrparteiensystem wird gesichert, demokratische Wahlen sollen abgehalten werden, und die Mitarbeit der Vietnamesen aller Schattierungen beim Aufbau eines unabhängigen demokratischen, prosperierenden und friedliebenden Vietnam sei willkommen. Aber dass wörtlich die gleichen Zusagen von kommunistischer Seite vor 30 Jahren im Falle Polen und vielen anderen Fällen gemacht und gebrochen worden sind, schien die rückkehrwilligen vietnamesischen Sozialisten nicht zu beeindrucken. Auf die Frage, ob sie das auf dem geduldigen Papier ja tatsächlich bestehende «Mehrparteiensystem» zum Beispiel in der DDR oder in der Tschechoslowakei als ein echtes Mehrparteiensystem in Vietnam anerkennen werden, war eine klare Antwort nicht zu erhalten. Aber nachdem die Vietnamesen die üblichen Beschuldigungen gegen die amerikanische Politik erhoben hatten, plädierten sie plötzlich für westliche Hilfe für das neue Vietnam mit der überraschenden Begründung, die Amerikaner hätten wahre Wundermittel nach Süd-Vietnam gebracht, durch die sich die für das Land unentbehrliche Reisernte auf phantastische Art vervielfacht hatte. Würde diese Hilfe dem Land in Zukunft versagt sein, würde das die Lebensmöglichkeiten des Landes wesentlich einschränken und im Endeffekt nur den Kommunisten zugute kommen. (Mit genau den gleichen Argumenten haben die zwischen 1945 und 1948 mit den Kommunisten kooperierenden Sozialdemokraten Ungarns oder Polens an ihre westlichen Genossen appelliert.) Es entspann sich nun ungefähr folgendes Gespräch:

«Wenn die Amerikaner Euch neben so vielen negativen Dingen solche Wohltaten ins Land gebracht haben, warum habt Ihr dann auf ihrem Abzug aus dem Land bedingungslos bestanden?»

«Uns ist es vor allem auf unsere nationale Selbständigkeit angekommen.»

«Aber Ihr habt doch eben gesagt, dass diese Selbständigkeit, wenn sie eine echte und prosperierende sein soll, ohne die Hilfe der amerikanischen Wundermittel nicht existieren kann.»

Auf diese Frage wussten die beiden vietnamesischen Sozialisten keine Antwort. Fairerweise muss ich aber hinzufügen, dass ich auch ihr Gegenargument nicht zu beantworten in der Lage war, welche Alternative für sie eigentlich bestehe als die, als Apatriden ausserhalb ihrer Heimat zu verbleiben.

Die Dinge sind eben nicht so einfach, wie sie vielen von uns, die wir in der Geborgenheit unserer demokratischen Länder leben, erscheinen mögen. Niemand wird behaupten, dass in Vietnam, Laos und Kambodscha eine demokratische Entwicklung existiert hat, die nun durch die Errichtung einer Diktatur erstickt worden ist, aber die Erfahrung zum Beispiel in Griechenland und Portugal zeigt, dass nicht-kommunistische autoritäre Regime abgeschüttelt werden können, was noch im Falle keines einzigen kommunistischen Regimes gelungen ist. Diejenigen, die darauf hinweisen, dass es in dem so schwer geprüften Teil Südostasiens nur um die Beseitigung der bisher bestandenen schrecklichen Zustände gehe, seien an Heinrich Heines Gedicht «König David» erinnert, das mit den Worten beginnt:

«Lächelnd scheidet der Despot,
Denn er weiss, nach seinem Tod
Wechselt Willkür nur die Hände
Und die Knechtschaft hat kein Ende.

Armes Volk! Wie Pferd und Farrn
Bleibt es angeschirrt am Karrn,
Und der Nacken wird gebrochen,
Der sich nicht bequemt den Jochen.»

Demokratische Sozialisten müssten begreifen, dass Freiheit, Fortschritt und Recht nicht dort erstehen können, wo «Willkür wechselt nur die Hände».